

NORDELBISCHE EVANGELISCH-LUTHERISCHE KIRCHE

NORDELBISCHES KIRCHENAMT

Dezernent für Theologie und Publizistik

Heiko Naß

Schleswig-Holsteiner Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
Herrn Vorsitzenden
Klaus Klinckhamer
Postfach 71 21
24171 Kiel

Kiel, 31. März 2011 - TSw
Dänische Straße 21/35 · 24103 Kiel

Postfachanschrift: Postfach 3449 · 24033 Kiel
Fernruf: (0431) 9797-5
Durchwahl: (0431) 9797- 900
FAX: (0431) 9797- 997
E-mail: hnass.nka@nordelbien.de

Aktenzeichen 5310-1 TNa

vorab per Mail an:
Umweltausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 17/2176

Stellungnahme der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zu drei Anträgen zur Europäischen Agrarpolitik nach 2013 (Drucksachen 17/1071, 17/1176 und 17/1229)

Sehr geehrter Herr Klinckhamer,

vielen Dank für die Anfrage vom 21. Februar 2011 und die Möglichkeit, zu den oben genannten Anträgen eine Stellungnahme abzugeben.

Unsere Stellungnahme wurde federführend durch unseren Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt erarbeitet. Unser Ansprechpartner ist dort Herr Ulrich Ketelhodt (0431-55779-418/-400).

Die Zukunft der europäischen Agrarpolitik als eine zentrale Frage, da dieser Politikbereich unzählige Aspekte des Lebens und Überlebens der Bürgerinnen und Bürger berührt. Von der Ausrichtung der Agrarpolitik werden die Menschen in Deutschland, Europa und weltweit betroffen. Daher begrüßen wir die Aufforderung des Umwelt- und Agrarausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, sich zu den Anträgen der Fraktionen der SPD, des Bündnis90/Die Grünen und von Die Linke in einer Stellungnahme zu Wort zu melden.

Mit Blick auf den Zeitraum bis 2020, für den aktuell die Agrarpolitik diskutiert und ausgerichtet wird, unterstützen wir die Bemühungen um eine Neuausrichtung der Agrarpolitik. Ein „Weiter so“ ist nicht nachhaltig und wird den zu erwartenden Herausforderungen nicht gerecht. Grundsätzlich ist der europäische und globale Blick auf die Instrumente der Agrarpolitik anzulegen. Nationaler Eigennutz trägt nicht in die Zukunft und verbietet sich auch aus wirtschaftsethischen Gesichtspunkten. Eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Agrarpolitik ist unbedingt zu gewährleisten, da ansonsten eine öffentliche Finanzierung der Programme zur Entwicklung einer europäischen Landwirtschaft nicht mehr zu vermitteln sein wird. Intransparenz der Mittelvergabe und der Entscheidungsprozesse entzieht der Gestaltungsfähigkeit von Agrarpolitik den Boden. Gelingt nicht eine weitere Demokratisierung der Agrarpolitik, entscheidet nur noch die Marktmacht in einem immer weniger freien Markt. Finanzkräftige Player aus nichtlandwirtschaftlichen Sektoren bestimmen dann zunehmend die Zukunft der Landwirtschaft. Die Landwirte selber werden verstärkt in ihren freien Entscheidungen eingeschränkt, um ihre eigenen Betriebe zu entwickeln.

Um diesen untauglichen Zukunftspfad zu verhindern, sind folgende Aspekte von hervorgehobener Bedeutung:

- Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten
- Mitverantwortung für die Weltagrarwirtschaft ergreifen
- Ökologisierung der Landwirtschaft umsetzen.

- Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten

In Europa wirtschaften 13,7 Millionen landwirtschaftliche Betriebe und davon 70 % mit weniger als 5 ha. 17,5 Millionen Beschäftigte sind in der Land- und Ernährungswirtschaft tätig, das sind 7,7 % der Gesamtbeschäftigung [Quelle: Europäische Kommission].

Schon in Deutschland, mehr noch in Europa und erst recht weltweit leben viele Menschen von der Produktion von Nahrungsmitteln. Eine vorrangige Orientierung auf den Ersatz von Arbeit durch Mechanisierung führt zu sozialen Verwerfungen, zum Ausbluten ländlicher Regionen, zu Problemen bei der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Nutztiere u.v.a.m. Förderwürdigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben von Mindestgrößen und von einer hohen Intensität und Spezialisierung der Produktion abhängig zu machen ist eine Sackgasse, die nicht zukunftsfähig ist. Gegen eine solche Ausrichtung sprechen neben den beschäftigungspolitischen Aspekten auch ökologische Gründe und die Tendenz zu einer großen Marktabhängigkeit bei zunehmend unberechenbaren und großen Preisschwankungen. Die Stabilität des landwirtschaftlichen Sektors beruht auf Vielfalt und nicht auf Spezialisierung und Konzentration. Das gilt einzelbetrieblich wie auch global. Erschwerend kommt hinzu, dass das Pro-Kopf-Real-Einkommen der Landwirte in den letzten Jahren gesunken ist.

Die NEK unterstützt die globale Förderung der Multifunktionalität der Landwirtschaft, wie sie überzeugend im Weltagrarbericht beschrieben wurde [IAASTD: Weltagrarbericht – Synthesebericht, Hamburg 2009]. Die EU-Agrarpolitik muss sich an dieser Zielsetzung orientieren.

In den vorliegenden Anträgen wird dem Erhalt der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu wenig Bedeutung beigemessen. Die Verknüpfung der Höhe der Direktzahlungen mit der Zahl der betrieblichen Arbeitsplätze wäre ein Schritt in die richtige Richtung, weil damit der Zwang zur Mechanisierung geschwächt wird, das Interesse von marktdominierenden Unternehmen an der landwirtschaftlichen Produktion reduziert, der Entvölkerung der ländlichen Räume entgegen getreten wird u.a.m.

- Mitverantwortung für die Weltagrarwirtschaft ergreifen

Obwohl die Bedeutung der Exporterstattungen für landwirtschaftliche Produkte wieder etwas zurückgeht, bleibt die Gefahr der Verzerrung der Agrarmärkte durch Überschüsse aus EU-Ländern weltweit, aber v.a. in den Ländern des Südens. Dort können selbst vergleichsweise geringe Mengen von z.B. Milchpulver die gewachsene Eigenproduktion zerstören.

Auf der anderen Seite sind die Importe von Futtermitteln wie Soja ein Problem, weil sie in einigen Ursprungsländern die Nahrungsmittelproduktion verdrängen, die ökologischen Folgen des intensiven Anbaus von größtenteils gentechnisch veränderten Pflanzen in diese Länder verlagert und in Europa einen Nährstoff-Überschuss bewirkt, der wertvollen Wirtschaftsdünger zu einem Entsorgungsfall degeneriert. Um die Abhängigkeit von diesen Importen zu verringern, muss über den Anbau von Leguminosen in Europa geforscht und der Anbau selber gefördert werden. Eine inländische Produktion der Eiweißfuttermittel würden 20 % der Anbaufläche beanspruchen. In dieser Größenordnung holen wir Nährstoffe ins Land, die dann hier den Nährstoffüberschuss erhöhen, zum Schaden des Grundwassers.

In den vorliegenden Anträgen wird nur zum Teil auf diese Zusammenhänge eingegangen. Die Anträge bleiben auch hier in ihrer Perspektive zu stark auf Europa bezogen und nehmen die Verantwortung in einer globalisierten Agrarpolitik nicht angemessen auf. Die Veröffentlichungen der kirchlichen Hilfswerke sind authentische Zeugen für die Auswirkungen einer verfehlten EU-Politik. Die Agrarpolitik braucht entschiedeneren Anwalt für eine Neuausrichtung, als die Verfasser in einigen Passagen der vorliegenden Anträge sie zum Ausdruck bringen.

- Ökologisierung der Landwirtschaft umsetzen

Agrarumweltmaßnahmen müssen sich messen lassen an der Herausforderung, die der Klimawandel an die Menschheit stellt. Die Bewahrung der Schöpfung kann eine Agrarpolitik für sich nur reklamieren, wenn die Bedürfnisse der Nutztiere und der Schutz von Böden und Wasser berücksichtigt sind. Eine Honorierung der Landwirte für diese Bewahrungsleistungen ist Voraussetzung, um einer Wettbewerbsverzerrung zu ungunsten der ökologischen Leistungen entgegen zu treten. Die bisherigen Anforderungen der Cross Compliance reichen nicht aus, um das zu gewährleisten.

In der EU werden nur 5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Ökostandard bewirtschaftet. Das allein deutet auf eine falsche Umweltstrategie der bisherigen EU-Agrarpolitik. Umweltleistungen lohnen sich nicht genug, weil die Agrarpolitik andere Ziele verfolgt, wie geringe Lebenshaltungskosten und hohe Wertschöpfung für Verarbeitung und Vermarktung. Am Ende bleiben Betriebe, die einen vorsichtigen Wachstumspfad verfolgen und Tiere, Pflanzen und Boden nicht am Leistungslimit nutzen, auf der Strecke.

Die vorliegenden Anträge blenden zum Teil die ökologischen und sozialen Herausforderungen einer zukünftigen Agrarpolitik aus. Vor allem auf finanzielle Instrumente zu setzen, ohne auch die sozialen und ökologischen Ziele zu benennen, wird die Haltung, die hinter der bisherigen EU-Agrarpolitik steht, nicht verändern.

Das Theologische Dezernat wünscht sich mehr Bemühungen, die Ausrichtung der Agrarpolitik als eine gesellschaftliche Grundsatzfrage zu behandeln und die Debatte über Landwirtschaft und Ernährung noch stärker in den Blick der Öffentlichkeit zu bringen. Die Nordelbische Kirche will dazu gerne ihren Beitrag leisten und stellt sich mit ihren Überzeugungen auf der Grundlage des Evangeliums in den Dienst für eine zukunftsfähige Entwicklung zum Wohle von Mensch und Natur.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heiko Naß